



Miltalbadener Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,65 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruckerei: Oberamtsparkasse Neumarkt Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Biberle & Co., Wildbad; Württembergischer Gewerbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg Druckpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamzeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif, für Offerten und bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 5 Uhr vormittags. — In Kontosachen oder wenn gerichtliche Mitwirkung notwendig wird, fällt jede Nachzügung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 89

Feuertaf 479

Montag, den 18. April 1932

Feuertaf 479

67. Jahrgang.

Hindenburg an Gröner

Berlin, 16. April. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichsminister des Innern das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Berlin, den 15. April 1932.

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Die das Verbot der SA. und SS. aussprechende Verordnung vom 13. April 1932 habe ich vollzogen, nachdem Sie mir in ersten Worten die Schwierigkeit der politischen Lage dargelegt und den Erlaß dieser Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität als unbedingt notwendig bezeichnet haben, und nachdem die Reichsregierung einstimmig Ihrem Antrag beigetreten war.

Inzwischen ist mir unter Uebergabe von Belegmaterial mitgeteilt worden, daß ähnlich geartete Organisationen wie die hier verboten auch bei anderen Parteien bestehen. In Erfüllung meiner Pflicht zur überparteilichen Ausübung meines Amtes und gleichmäßigen Anwendung der Gesetze muß ich verlangen, daß — falls dies richtig ist — auch diese Organisationen der gleichen Behandlung verfallen. Ich überfende Ihnen anbei das mir zugegangene Material mit dem Ersuchen, es mit dem gleichen Ernst zu prüfen, den ich Ihrem Antrag entgegengebracht habe, und mir alsbald das Ergebnis Ihrer Prüfung und einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen! (gez.) von Hindenburg.

Wendigung im Reichsbanner

Berlin, 17. April. Die Bundesleitung des Reichsbanners sagt in einem Rundschreiben an die Gauverbände, nachdem die SA. und SS. durch Notverordnung des Reichspräsidenten aufgelöst seien, falle für das Reichsbanner die Notwendigkeit fort, weiter in dem Bereitschaftszustand zu bleiben. Alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen seien daher aufzuheben. Das Reichsbanner müsse sich dem Staatswillen einordnen und die Staatsautorität stärken und schützen; es wolle kein Staat im Staat sein.

Das Urteil in der Presse über das Rundschreiben ist verschieden. Während die demokratische „Voss. Ztg.“ es einen klugen Schritt nennt, dessen Freiwilligkeit und Raschheit besten Eindruck mache, meint die „Deutsche Allg. Ztg.“, der Zweck dieses Beschlusses sei sehr leicht zu durchschauen. Man wolle der Regierung eine Handhabe bieten, einem Verbot aus dem Weg gehen zu können. Wie weit diese „freiwillige Abrüstung“ Tatsache werde, bleibe dahingestellt. Die „Börsezeitung“ spricht von einem „grandiosen Bluff“ und einem von „vornherein untauglichen Versuch“, die Deffektivität über den wahren Charakter des Reichsbanners hinwegzutäuschen. Der „Volksanzeiger“ schreibt von einer „Tarnung“ der militärischen Abteilungen des Reichsbanners, Maßnahmen, die man freiwillig außer Kraft setzen könne man ebensogut wieder in Kraft setzen.

Neues Kampfverfahren der NSDAP.

Berlin, 17. April. Auf der Sportpalastkundgebung, die anlässlich der Preußenwahlen von den Nationalsozialisten am Freitagabend veranstaltet wurde, erklärte Dr. Göbbels, daß ihm bisher der Reichslanzler nicht — wie er gebeten habe — in einer öffentlichen Zwiesprache über alle deutschen Sender Rede und Antwort stehe. Die Nationalsozialisten haben daher die Rede des Reichskanzlers in Königsberg auf Schallplatten aufnehmen lassen, die jetzt im Sportpalast Stück für Stück wiedergegeben werde. Zu jedem einzelnen Absatz machte dann Dr. Göbbels unter ungeheurem Beifall die entsprechenden Gegenüberstellungen, wobei er die Hindenburgpartei und Dr. Brüning scharf angriff. Das SA.-Verbot sei ein Versuch der Regierenden, die stramme Mannszucht der Hitler-Bewegung zu zerbrechen, das werde ihnen aber niemals gelingen.

Tagespiegel

Der Reichspräsident hat den Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Dr.-Ing. e. h. Brandenburg zum deutschen Vertreter für die Abrüstungskonferenz ernannt.

Im Reichsarbeitsministerium fanden Besprechungen mit den Schlichtern über lohnpolitische und arbeitsrechtliche Fragen statt.

Der Führer der deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtags, Abg. Dr. v. Winterfeld, hat den preuss. Ministerpräsidenten Braun und den Reichsinnenminister Gröner brieflich darauf aufmerksam gemacht, daß das Reichsbanner Waffenlager besitze und daß es wiederholt in Preußen zu politischen Amtshandlungen herangezogen worden sei. Führer des Reichsbanners hätten von den Mitgliedern gefordert, daß sie im Fall eines feindlichen Angriffs gegen Deutschland den Kriegsdienst verweigern. Da dies offenkundiger Landesverrat sei, müsse die Auflösung des Reichsbanners gefordert werden.

Auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion wurde der heftige Landtag auf Dienstag einberufen.

Wie die „Germania“ meldet, soll Bischof Gröber von Bauen-Meißen zum Erzbischof von Freiburg (Baden) ernannt werden.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson ist am Samstag früh mit seiner Gattin in Genf eingetroffen.

Die Vulkanausbrüche in den Anden haben sich verstärkt fortgesetzt. Auch in Südargentinien ist jetzt ein Vulkan in Tätigkeit.

Der gefürchtete Vulkan Merapi auf Java ist wieder in Tätigkeit.

In der Untersuchung über den Zusammenbruch der Kreuzer u. Toll AG. in Stockholm wurde festgestellt, daß Jone Kreuzer die 42 italienischen Schahauweisungen zu je 500 000 Pfund Sterling selbst gefälscht hat.

Die Bank von England hat ihr Darlehen an die Oesterreichische Nationalbank in Höhe von 100 Mill. Schilling um 3 Monate verlängert. Die gleiche Verlängerung gewährte die BZ. für ihr Darlehen von 90 Mill. Schilling.

Die Klage der NSDAP. gegen das Reich

München, 17. April. Rechtsanwalt Dr. Frank 2 hat für Adolf Hitler, die Reichsleitung der NSDAP. und ihre Gauleiter Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gegen das Deutsche Reich, vertreten durch Innenminister Gröner, und die Freistaaten Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen wegen der Auflösung der SA. und der SS., sowie des Verbots der Berliner Hitlerjugend eingereicht. Gleichzeitig mit der Klage wurde gegen die obengenannten Länder Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt, daß sämtliche Maßnahmen vom Vollzug der SA.-Auflösung bis zur Entscheidung über die Klage einzustellen sind.

Oldenburgischer Landtag und SA.-Verbot

Oldenburg, 17. April. Bei der Abstimmung des oldenburgischen Landtags über den Antrag der Nationalsozialisten, beim Reichsinnenminister gegen das SA.-Verbot Beschwerde zu erheben, ergab sich Stimmengleichheit, wobei sich Nationalsozialisten, Deutschnationale, Volkspartei und Landvolk mit 14 Stimmen und Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und Kommunisten mit gleichfalls 14 Stimmen gegenüberstanden. Die Abstimmung wurde mit dem gleichen Ergebnis wiederholt. Damit war der nationalsozialistische Antrag abgelehnt.

Sprengstoffanschlag gegen eine Polizeiwache

Baden-Baden, 17. April. Laut Polizeibericht wurde in der Nacht zum Samstag gegen die Polizeiwache der hiesigen Polizeidirektion ein Sprengkörper geschleudert, dessen Explosion die Eingangstür zerstörte. Beamte wurden nicht verletzt. Ein Polizeiposten bemerkte gleichzeitig einen mit hoher Geschwindigkeit fahrenden Kraftwagen mit mehreren Insassen. Der Wagen machte in einer Nebenstraße halt, die Insassen stiegen aus und versuchten durch Lärmen offenbar die Polizei abzuwenden, während der Wagen rasch weiterfuhr. Der Beamte nahm die Ruhestörer fest. Es handelt sich um einen SS.-Führer und vier Nationalsozialisten, die in das Gefängnis eingeliefert worden sind.

In Lahr (Baden) wurde der Zeitungsautomat des dem Zentrum nahestehenden „Lahrer Anzeiger“ in der Nacht zum Samstag durch einen Sprengstoffanschlag zerstört. Die Explosion war weithin hörbar. Die Täter hatten eine mit Pulver gefüllte Metallröhre in den Automaten eingeführt und sie mit einer Zündschnur zur Explosion gebracht. Die etwa 20 Pfund schwere Tür des Automaten wurde zehn Meter weit auf die Straße geschleudert. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Selbsttätige Arbeitsfredung

In den deutschen Hauptindustrien ist im Vergleich zum vorigen Jahr eine bemerkenswerte Anpassung der Arbeitszeiten an die wirtschaftlichen Verhältnisse selbsttätig eingetreten, wie aus nachstehenden Zahlen hervorgeht.

Industriezweige	Wochenstunden	
	Okt. bis Dez. 1931	Febr. 1932
Metallindustrie	39,6	35,7
Textilindustrie	41,3	39,7
Chemische Industrie	41,9	38,3
Bergbau	44,9	40,4

Hierzu ist zu bemerken, daß in diese durchschnittliche Arbeitszeit sowohl die Kurzarbeit als auch die Ueberstunden eingerechnet sind. Drei von den genannten vier großen Wirtschaftszweigen haben die 40stündige Arbeitswoche bereits unterschritten. Wo in Einzelfällen länger als 40 Stunden gearbeitet wird, erfordern dies die bestehenden Betriebsnotwendigkeiten und der Zwang zur Einhaltung kurzer Viererfristen.

Einen interessanten Vergleich mit dieser Entwicklung gestattet die nachstehende Uebersicht über den Rückgang der Arbeitszeit bei den männlichen gelerntem und angefertigten Arbeitern in der verarbeitenden Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika. Noch im Jahr 1928 betrug dort die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt 48 Stunden. Sie sank Ende 1929 auf 47 Stunden, Ende 1930 auf 41,6 Stunden und Ende 1931 auf 38,7 Stunden. Diese Verkürzung der Arbeitszeit hat sich in Amerika ohne jede behördliche Beihilfe durchgesetzt. Die Verkürzung betrug innerhalb von drei Jahren rund ein Fünftel der Arbeitszeit.

Neue Nachrichten

Reichspräsidentenwahl und Steuergelder

Essen, 17. April. In einer hier abgehaltenen Wahlkundgebung der NSDAP. erklärte Dr. Frick u. a., die NSDAP. werde im Reichstag einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einbringen, da der dringende Verdacht bestehe, daß bei der Reichspräsidentenwahl öffentliche Gelder zum Zwecke der Wahlpropaganda ausgegeben worden seien.

Der Volksentscheid in Sachsen

Dresden, 17. April. Heute findet der von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten beantragte Volksentscheid für die Landtagsauflösung statt. Nach der sächsischen Verfassung muß sich die Hälfte der Stimmberechtigten (rund 3 665 000) an der Wahl beteiligen, erforderlich sind also 1 832 000 Stimmen, und davon muß die Mehrheit mit Ja stimmen. Die Parteien, die am 10. April für Hindenburg gestimmt haben, werden Wahlenthaltung üben. Bei der ersten Reichspräsidentenwahl wurden in Sachsen für Duesterberg, Hitler und Thälmann insgesamt 1 766 000, am 10. April für Hitler und Thälmann 1 688 000 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis des Volksentscheids ist unsicher; die Kommunisten sollen die geheime Lösung einer weitgehenden Wahlenthaltung ausgegeben haben.

Die Unterredung Tardieu—Stimson

Paris, 17. April. In der Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ wird erklärt, Tardieu habe sich im Lauf der Unterredung bei Stimson am Freitag darüber beschwert, daß der Vorschlag des amerikanischen Vertreters Stimson in Genf überstürzt eingebracht worden sei. Jemandem besondere Verständigung oder irgendein Vorschlag sei aus der Unterredung Tardieu—Stimson nicht hervorgegangen.

Geld in Massen — auch für Sie durch die Klassenlotterie

Über 114 Millionen RM Gesamtgewinne

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE



„Chicago Tribune“ schreibt, Lardieu habe in dem Vorhinaus Oibsons einen Anschlag gegen den französischen Abrüstungs-vorschlag erbrechen wollen. Stimson habe diese Verdächtigungen zurückgewiesen und geantwortet, der amerikanische Vorschlag halte sich im Rahmen der Weiterentwicklung der Abrüstungskonferenz selbst. Diese Erklärung habe Lardieu beiriedigt.

Cassel gegen Frankreichs Tributpolitik

London, 17. April. Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Prof. Cassel wendet sich in der „Saturday Review“ gegen Frankreichs Tributpolitik. Bei seinen sechs Millionen Arbeitslosen könne niemand von Deutschland verlangen, politische Schulden zu zahlen. Wenn Deutschland und die ganze Welt infolge der beunruhigenden Entwicklung der internationalen Handelspolitik, zu deren unglückseliger Folge Frankreich in sehr schädlicher Weise beigetragen habe, verarmt sei, werde das Vergehen der Lüste wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Frankreichs Anstrengungen, das Märchen von der „deutschen Zahlungsfähigkeit“ aufrecht zu erhalten oder ein moralisches Recht auf diese Forderungen zu fabrizieren, werden sich infolge der wirtschaftlichen Tatsachen in nichts auflösen müssen.

Wahlaufruf der Vereinigten vaterländischen Verbände

Berlin, 17. April. Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands haben in einem Aufruf zu den Preußenwahlen ihren Mitgliedern empfohlen, am 24. April ihre Stimme lediglich der Deutschnationalen Volkspartei oder der NSDAP. zu geben. Der Aufruf ist unterzeichnet von General Graf von der Goltz.

Der bisherige Landtagsabgeordnete H e n n e ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten mit der Erklärung, er wolle sich künftig mehr als bisher den beruflichen Organisationen widmen, ohne jedoch seinen politischen Standpunkt aufzugeben.

Der litauische Wahlbetrug

Berlin, 17. April. Die Reichsregierung hat die Signaturmächte auf die rechtswidrige Einbürgerung von Großlitauern im Memelgebiet aufmerksam gemacht. Nach Zeitungsberichten hat der litauische Gouverneur in den letzten Wochen 6000 Litauer eingebürgert, ohne die Gesetzesvorschrift zu beachten, daß nur unbescholtene Personen, die mindestens ein Jahr im Memelland gewohnt haben, eingebürgert werden dürfen. Die 6000 widerrechtlich eingebürgerten Litauer würden schon jetzt 4 weitere Abgeordnete für die Litauer bedeuten.

Zur Regierungsbildung in Württemberg

Bolz im Wahlkampf

Stuttg., 17. April. In einer außerordentlich stark besuchten Zentrumsversammlung führte Staatspräsident Dr. Bolz aus: In Württemberg gebe es nichts von jenem sogenannten System, gegen das gekämpft werde. Wenn Württemberg heute im ganzen Reich den Ruf genießt, den geordnetesten Staatshaushalt zu haben, so ist das der gesunden und vor allem parlamentarischen Staatsführung zuzuschreiben. 1931 wird ohne Fehlbetrag abgeschlossen. 1932 wird sich auch trotz wachsender Schwierigkeiten ausgleichen lassen. Wenn in der Finanzpolitik auch vom kritischsten Beurteiler kein grober Verstoß festzustellen sei, so sei das nicht in erster Linie ein Verdienst des deutschnationalen Finanzministers Dr. Dehlinger. Das 8. Schuljahr und die akademische Lehrerbildung scheitern einfach an den Finanzen. Im Wohnungsbau und der Wirtschaftsbelebung und Straßenbau wurde in keinem Land mehr getan, als in Württemberg. In der Frage der Oberamtsaufteilung soll die Sache vorläufig ruhen. Scharfe Angriffe richtete der Staatspräsident gegen die Nationalsozialisten. Zum Schluss warnte der Redner vor der Vereinzelnung der konfessionellen Gegensätze in den Wahlkampf.

Nationalsozialistische Ziele

Stuttg., 17. April. Landtagsabg. Prof. M e r g e n t h a l e r (Nat.-Soz.) schreibt im „N.S.-Kurier“: Die jetzige Bolz-Koalition, die 47 von 80 Abgeordneten im württ. Landtag umfaßt, ist, das zeigen die letzten Wahlen, restlos zusammengefallen. Der künftige Landtag wird statt eines einzigen Abgeordneten der NSDAP. eine sehr stattliche nationalsozialistische Fraktion aufweisen. Das Zentrum versucht vergeblich, seine Schlüsselstellung zu retten. Angesichts des Anwachsens der NSDAP. trägt sich Staatspräsident Dr. Bolz mit dem Gedanken einer Minderheitsregierung von den Deutschnationalen bis zu den winzigsten Leberresten der Demokratie unter Duldung der Sozialdemokratie. Also eine

Leonore kommt nach Weimar

Ein Goethe-Roman von R. Heller

bearbeitet von Th. Scheffer

Copyright 1930 by Romandienst „Digo“ Berlin W 30.

13. Fortsetzung

Nachdem verboten.

Da auch ein Nachtquartier in dem mit Baumrinde belegten Einfiedlerhäuschen keinen Reiz für Karl August hatte — denn morgen war ein Tag, wo er beizeiten in Gala sein und seine Mutter begrüßen mußte, die von Ettersburg nach Weimar kam, Herder predigen zu hören, so wars am Ende das geratene, ins Fürstenhaus zurückzukehren, dessen erstes Stockwerk die Herzogin Louise bewohnte, während er selbst die Gemächer im zweiten Stock darüber innehatte. Da hinauf wollte er sich jetzt begeben, um im Geiste gemächlich nachzudenken, was er soeben in berausender Lebhaftigkeit gekostet. Bei dem Gedanken an die Papiere, die ihm Leonore mitgeteilt, beschleunigte der Herzog seine Schritte. Waren es auch die gleichgültigsten Aufzeichnungen von Namen, Tatsachen, Daten aus einem langweiligen Prozesse? Was ist der aufsteigenden Reizung, dem zärtlichen Ueberwallen der Jugend nicht teuer von der Neu- und Hochverehrten! Karl August entmann sich der Blätter wie eines süßen Unterpfandes. Da, in der Brusttasche des Wetherfracks, da fühlte er sie.

Der Herzog hatte die Absicht, an der Galerie des ersten Stockes vorüberzugehen, ohne bei seiner Gemahlin vorzusprechen. Die Seitentreppe neben dem großen Saal, welcher die beiden Flügel des Gebäudes voneinander trennte, führte gerade empör in sein Arbeitskabinett. Da hinauf trachtete er. Allein seine Ankunft am Fürstenhause war bemerkt und der Herzogin Louise, bei welcher einige Personen zum Abendcercle waren, gemeldet worden. Sie zweifelte nicht,

Bolzische Minderheitsregierung von Herrn Kells Gnaden. Etwas anderes kann Dr. Bolz nicht wollen, denn durch seine zahlreichen Reden hat er dem Nationalsozialismus den schärfsten Kampf angelastet. Die von Dr. Bolz geplante Minderheitsregierung wird sich dem schärfsten Widerstand der NSDAP. gegenübersehen. Wenn der Bauernbund glaubt, hier mitmachen zu können, mag er es probieren. Politisch ist er aber dann restlos erledigt. Ober Herr Hugenberg als Parteiführer eine solche Koalition mit Einschluß der württ. Deutschnationalen gutheißen würde, wissen wir nicht. Die Frage „Brot oder Brei“ kann aber auf diese Weise geprüft werden. Erreicht unsere Bewegung in Württemberg die durchschnitliche Stärke wie im Reich, dann sind die Bolzischen Pläne aufgeflogen.

Ludwigsburg, 17. April. Finanzminister Dr. Dehlinger im Wahlkampf. In einer deutschnationalen Wahlversammlung am Freitag wandte sich Finanzminister Dr. Dehlinger vor allem gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, als ob er an den Rotverordnungen, den Gehaltskürzungen, den Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten schuld wäre. In den allermeisten Fällen hatte das Staatsministerium bei den Berliner Anordnungen nicht mitzureden. Im Staatsministerium selbst vertrete er die Minderheit. So habe er selbstverständlich als Deutschnationaler seinerzeit gegen den Youngplan gestimmt. Energetische Worte richtete der Redner gegen die Kritik des Württ. Beamtenbunds, dessen Leiter gerade die Interessen des Berufsbeamtentums mißachtete.

Wahlaufruf der württ. Zentrumsparlei

Stuttg., 15. April. In dem Wahlaufruf der württ. Zentrumsparlei wird betont, daß der 24. April darüber zu entscheiden hat, ob auch in Zukunft in Württemberg eine starke, pflichtbewußte Regierung und ein arbeitsfähiger, verantwortungsbewußter Landtag vorhanden sein wird, oder ob beide zum Spielball politischer Leidenschaften und unverantwortlichen Demagogentums, das zur sachlichen Arbeit unfähig ist, werden sollen. Das „System“ der Zentrumsparlei besteht darin, das württembergische und deutsche Volk aus der größten Weltkrise herauszuführen, die aufbaufähigen und aufbauwilligen Volkskräfte zusammenzufassen und Volk und Vaterland durch gemeinsame verständnisvolle Arbeit zu retten. Die württembergische Zentrumsfraktion unterstützt und fördert bewußt und gewollt die kluge und weitsichtige Politik des Reichsfinanzministers Dr. Brüning und verurteilt gleichzeitig die fremdartige, prahlerische und zur praktischen Arbeit unfähige Politik der Herren Hitler und Hugenberg. Die Zentrumsparlei verteidigt die Reichs- und Landesverfassung als Hort einer hochsinnig erfaßten bürgerlichen Freiheit, die jedem Staatsbürger auf dem Boden des Allgemeinen, Ausnahmegeetze nicht zulassenden Rechts und unantastbaren Gebiet persönlicher, wirtschaftlicher und organisatorischer Befugnisse und Freiheiten gewährt. Sie wendet sich daher gegen die Vernichtung des Mitbestimmungsrechts des Volks an der Gestaltung seiner Geschichte. Württemberg muß Deutschlands bestverwaltetes Land bleiben!

Gutachten des Reichsparkommissars über die Stadtverwaltung Stuttgart

Stuttg., 17. April. Der Reichsparkommissar Dr. S ä m i s c h-Berlin, der vom Gemeinderat Stuttgart vor 14 Jahren aufgefordert wurde, die Stuttgarter Stadtverwaltung zu prüfen, hat jetzt sein umfangreiches, 372 Seiten umfassendes Gutachten erstattet. Das Gesamturteil des Reichsparkommissars lautet: „Die Stuttgarter Stadtverwaltung muß als gut geordnet bezeichnet werden, sie hat die verhältnismäßig günstigen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, die für die Stadt bis in die letzten Jahre hinein bestanden haben, in geschickter, umsichtiger und vorausschauender Weise ausgenutzt. Die Beamtenerschaft ist in ihrer Gesamtheit von einer ausgezeichneten Tradition getragen und gibt insbesondere zu Anweisungen ihrer Integrität nicht den geringsten Anlaß.“

1. Der Gemeinderat. Hier stellt der Sparkommissar fest, daß der Stuttgarter Gemeinderat mit 60 Mitgliedern zu groß ist. An Stelle des Tagesgeldes soll ein monatlicher Pauschalbetrag gewährt werden. Die Öffentlichkeit in den Abteilungsitzungen ist möglichst zu beschränken. Zu weit getriebene Öffentlichkeit bedeutet Verlängerung der Kollegialberatung und Verlangsamung der Willensbildung. Die Reinheit der Willensbildung erfordert, die Gefälligkeits-

daß ihr Gemahl bei ihr erscheinen würde. Die Herzoginmutter, am Abend schon von Ettersburg zur Stadt gekommen, war unter den Gästen Louises. Amalia stand am Fenster und blickte auf den Platz vor dem Fürstenhause hinab, die Gestalt des Sohnes zu erkennen.

„Richtig, schon bricht er sein Aufundniedererschlendern ab. Gleich wird er vor der Tür draußen sein.“ Die Herzoginwitwe sprach es vor der regierenden Frau gewandt; es klang wie eine Aufforderung. Die junge Fürstin hatte der älteren vorhin ihr Leid geklagt, noch ehe die Gräfin von Bianini, die Oberhofmeisterin Louises, und ehe Wieland eingetreten war, vor welchem die Herzogin Amalia übrigens kein Geheimnis hatte, da er ihr Vertrauter seit Jahren war. Aber Louise würde sich gescheut haben, der Schwiegermutter vor Zeugen zu erzählen, wie schwer es ihr noch immer werde, mit Karl August auf einem leidlichen Friedensfuße zu leben. Wie reizt er sie behandelte, wenn sie ihm still ergeben begegne und wie er doch wieder nicht die kleinste Vorstellung oder gar ein Tadel gegen sein unstetes Verbahren, seine Sucht nach lärmender Zerstreung, seine Verstöße gegen Haus- und Hofordnung vertrage. Letzte Nacht sei er tief vergällt von Neunheiligen zurückgekehrt. „Wer weiß, was er mit der tocketen Gräfin gehabt und woher der Zwist mit ihr entsprungen. Die Gräfin muß ihn verführt haben.“ das war Louises feste Ueberzeugung. „Aber daß er seine Frau für die Launen der Gräfin hüßen lasse, das sei denn doch unerhört, und heute morgen sei ihr die Geduld gerissen. Sie habe es dem Herzog gesagt, daß sie ein andres Glück an seiner Seite verdiene.“

„Der Vater war nicht sanfter als der Sohn“, hatte Amalia darauf entgegnet. „Eher noch schlimmer, Frau Tochter, denn die Zeit war rauher und bei allem äußerlichen Zwange im Innern doch roher als jetzt. Dazu fraß der schleichende

empfehlungen weislichgehend zu beschränken. Nicht Abzettelungen sind anzubeden. Am wirksamsten würden die Fehlerquellen der Willensbildung eingedämmt, wenn eine Abteilung des Gemeinderats zur Hauptabteilung gemacht würde, in der alle Angelegenheiten mit finanzpolitischem Gewicht, bevor sie an den Gemeinderat gehen, nochmals zusammengefaßt und zur vorläufigen Entscheidung gebracht werden.

2. Das Bürgermeisteramt. Die rechtliche Stellung des Stadtvorstands erscheint nach der Gemeindeordnung schwächer als es den Bedürfnissen einer geordneten Stadtverwaltung entspricht. Es empfiehlt sich, daß der Oberbürgermeister die Leitung der Beamten der Stadt regelmäßig versammelt. Die Zugehörigkeit der Bürgermeister zum Gemeinderatskollegium stellt ein ständisches Ueberbleibsel dar, das lediglich geeignet ist, die Stellung des Stadtvorstands zu schwächen. Zwecks eines möglichst einfachen und zweckmäßigen Vollzugs der Beschlüsse des Gemeinderats ist die Schaffung eines Zentralamts (Hauptbüros) notwendig. Die Doppelstellung als unbeförderter Gemeindevater und als Bediensteter der gleichen Gemeindeverwaltung sei bedenklich.

3. Finanzpolitik. Der Reichsparkommissar beanstandet hier vor allem das Anwachsen der Personalausgaben, die auf eine als zu weitherzig bezeichnete Höhergruppierung, ferner auf eine Personalvermehrung zurückzuführen sind, die nicht immer nur mit dem Anwachsen der Arbeiten und der Aufgaben sich erklären läßt. In der gegenwärtigen Notzeit wird man nicht umhin können, die Ausgaben für Straßenzugbau zu strecken. Desgleichen sind die Aufwendungen der Stadt für die Institute und Einrichtungen, vor allem für Garten- und Parkanlagen, für Straßenbeleuchtung und Straßenreinigung einzuschränken. Für die Erhöhung oder Neueinführung von Steuern ist in Stuttgart äußerste Vorsicht geboten. Stuttgart hat vorläufig den grundfäglich richtigen Weg beschritten, den Einnahmeausfall im wesentlichen durch Einsparungen und Heranziehung der Reserve zu wettzumachen. Der allgemeinen Finanzgebarung der öffentlichen Hand in Deutschland entsprechend hat auch Stuttgart nach der Inflation eine die künftigen Generationen sehr schwer belastende Anleihe- und Schuldenpolitik getrieben. Im großen und ganzen war die Finanzpolitik der Stadt umsichtig. Der Widerstand des Bürgermeisteramts gegen solche Ausgaben, die von seinem Standpunkt aus nicht vertreten konnte, ist allerdings nicht immer genügend zur Geltung gebracht worden. Für die Zukunft bedarf eine einschneidende und schnelle Ausgabenreduzierung einer mit genügenden Vollmachten versehenen und durch die Wünsche einzelner Interessengruppen nicht gebremsten Organisationsform. Am zweckmäßigsten wird sie möglichst uneingeschränkt in die Hand des Oberbürgermeisters gelegt.

4. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter. Das Gutachten kritisiert die große Zahl der Beamten in höheren Befoldungsgruppen, die nicht durchweg bloß nach dem sachlichen Bedürfnis bemessen ist. Vieles sind offenbar personelle Rückstände maßgebend gewesen. Das Bestreben, Auf-rückstellen zu schaffen, ist unverkennbar. Trotz der Vermehrung der Gesamtzahl der Beamten um 21 Prozent in den Jahren 1924—1930 ist die Befolgung der untersten Gruppen 16, 15 und 13 zurückgegangen. Um so stärker ist der Zugang in den höheren Gruppen 13, 12 und 11, die offenbar die aufgerückten Beamten aus den niedrigeren Gruppen aufgenommen haben. Die Einreihung der Stuttgarter Beamten in die geltende Befoldungsordnung muß als zu hoch bezeichnet werden. Die Stuttgarter Gemeindefolgung über die Befolgung der Gemeindebeamten vom 21. Mai 1928 hat auch bis heute noch nicht die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten. Der Sparkommissar schlägt eine neue Befoldungsgruppeneinteilung vor, die von außerordentlichem Einfluß auf die Höhe der Personalausgaben wäre.

5. Bei der Prüfung der Dienststellen der Zentralverwaltung anerkennt der Sparkommissar, daß das Stuttgarter Nachrichtenamt sehr sparsam besetzt und ausgestattet ist, dabei aber in bezug auf enges Benehmen mit der Presse und planmäßige Verkehrswerbung nichts veräußert worden ist.

In der zweiten Abteilung des Gutachtens betr. die einzelnen Verwaltungsgebiete kommt der Reichsparkommissar zu folgenden wichtigen positiven Vorschlägen:

1. Raum und Bodenwirtschaft. Der durch die Eingemeindung geschaffene kommunale Lebensraum Stuttgart ist für die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben zu groß, da Glieder einbezogen worden sind, bei denen die Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit einer Einordnung mindestens zweifelhaft erscheint. Die Stadt muß bemüht sein, die Uebernahme von Aufwendungen für Gemeinden außerhalb der Gemarkung, z. B. für die Friederode, abzulehnen oder bis aufs äußerste zu beschränken. Neue Eingemeindungen sind

Wurm an meines blutigen Mannes Gesundheit. In ihrem Karl ist doch ein stärkeres Gewebe, das schon einen Anschlag verträgt. Wie sehr mir aber das Herz dabei blutete, wenn ich sah, wie mein fürstlicher Herr mit seiner Lebensweise gegen sein Leben wütete — da ichs nicht wehren konnte, so wollte ich doch nicht verkümmert auf dem Ranke und im Schmollwinkel hocken, wenn er sich mit anderen freute. Sie, Frau Tochter, könnten es auch so halten!“

„Euer Durchlaucht sehen mich, wie immer, bereit, meiner gnädigen Schwiegermama zu gehorchen“, hatte Louise darauf zu bemerken, worauf die ältere Herzogin der jüngeren leise zurannte: „Wenn ihn die heftige Gräfin quält — wessen Vorteil ist als der Ihre, sobald sie Karl dafür durch eine desto gesündere Freundlichkeit entschädigen? Wenn Sie etwas süßamer auf seine Reigungen eingehen, seine Vergnügen mitgenießen, ihm hier und da eine steife Gewohnheit zum Opfer bringen lernen? Liebeleien gehen vorüber, die Ehe bleibt!“ Der freundlichen Zureden der Schwiegermutter wollte sie sich bequemen. So erwartete sie, im Schatten des Seitenpfelders draußen, den nahenden Gemahl. Der Herzog aber war vorüber, ehe Louise mit sich einig geworden, ob sie ihren Stolz soweit verleugnen sollte, den Herzog anzurufen. So schloß sie sich der verlassenem Gesellschaft wieder an, dieselbe Klarheit in den Zügen, nur daß die Wangen erlebte waren und daß die Lippen zitterten, mit denen sie Amalia berichtete: „Wir hatten uns geirrt. Die Heimkehr seiner Durchlaucht hat nichts mit einer Erinnerung an seine Gemahlin zu schaffen. Was war es doch schönes, was uns der Herr Hofrat zu lesen versprochen? Er kann anfangen, wenn ihn Euer Durchlaucht darum er-suchen wollten, da wir keine Störung mehr zu befürchten haben.“

(Fortsetzung folgt.)

bis auf weiteres grundsätzlich abzulehnen. Entbehrlicher Grundbesitz ist mit allen Mitteln abzustoßen.

2. Wohlfahrtspflege und Krankenanstalten. Fürsorge- und Wohlfahrtsämter sind zu vereinen. In den Krankenhäusern ist die Krankenaufenthaltsdauer abzukürzen durch intensivere Behandlung und Verweisung der chronisch Kranken in billigere Sonderanstalten, der Rekonvaleszenten in billigere Genesungsheime. Weiter wird vorgeschlagen: **starke Kräfteanspannung beim gesamten Personal und Erhöhung der Pflegegehalte bei Beamten der 1. und 2. Klasse sowie der auswärtigen Selbstzahler der 3. Klasse.**

3. Schul- und Bildungswesen. Hier wird vorgeschlagen: Heraushebung der durchschnittlichen Klassenfrequenzen bei den Volksschulen auf 45, Erhöhung des Schulgelds an Mittelschulen, Zusammenlegung von Klassen bei den städt. Real- und Oberrealschulen, Heraushebung der Klassenfrequenzen bei den höheren Schulen und bei den Handelsschulen, Aufhebung der Gewerbeschulen in Oberürtheim und Zuffenhausen, eventuelle Schließung des Planetariums, Fortfall der Planstelle für Leibesübungen und Sport und Uebertragung der Funktionen auf sportinteressierte Beamte oder Turnlehrer, Revision der Mietverträge mit den Sportvereinen. Beim **Landestheater** hat die Stadtprüfung die Frage der Ersparnismöglichkeiten zurücktreten lassen, da die Leistungen des Landestheaters der Stuttgarter Bürgerschaft in höherem Maß als der übrigen Bevölkerung des Landes zugute kommen.

4. Das Bauwesen. Der Spartkommissar schlägt vor: Vereinigung des Hochbauamts und Stadterweiterungsamts, Uebertragung der Kosten des Landesplanungsoverbands auf die Mitgliedsgemeinden, Verringerung des Personalbestandes, Einschränkung der Neuerwerbungen von Baugelände, Beschränkung der Straßenbreiten, Einschränkung des Straßenreinigungswesens, Erhöhung der durchschnittlichen Leistung eines Arbeiters beim Reinigungswesen auf den Stand von 1927, Einschränkung des Vermessungswesens.

5. Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik. Hier kommt der Reichspartkommissar zu folgenden wichtigen Vorschlägen: **Aufhebung der Wohnungsmangelbestimmungen für Stuttgart bis auf gewisse zur Zeit nicht abzuschöpfende Vorschriften, Abschaffung des Lössensystems, völlige Einstellung des Baus städtischer Wohnungen, Vereinfachung der Stadt an einer gemeinsamen Baugesellschaft, Mietzinsbindung allein auf der Grundlage genauer Selbstkostenberechnung, Verkauf von Wohnhäusern, größere Zurückhaltung bei der Darlehensgewährung für Neubauten.**

6. Die Polizei. Beseitigung der für Stuttgart unzureichenden Aufteilung der Ortspolizei zwischen Stadt und Staat, Uebernahme der Stadt verbliebenen Polizeizweige auf das Polizeipräsidium, ausgenommen Baupolizei, Gesundheitspolizei, Straßenpolizei, Neuordnung der Polizeikostenverteilung zwischen Staat und Stadt derart, daß beide an der durch die Zusammenlegung zu erzielenden Ersparnis teilnehmen.

8. Betriebe. Einführung der haushaltrechtlichen Verantwortlichkeit der Park- und Gartenverwaltung, Zurückstellung aller Erneuerungen und Erweiterungen bei den Badeanstalten, auch der in den Eingemeindungsverträgen zugelegten, Einschränkung des Aufwands für Neuanlagen beim Vieh- und Schlachthof, Prüfung der gesamten Geschäftsführung der Handelshof A.-G. durch das städt. Rechnungsamt, Abschaffung der Reservefeuerwehr, Neuordnung der Altersgrenze für den Feuerwehrdienst, Neuordnung des Revisionswesens der Spartasse und Girokasse, Verringerung der Kilometerkosten beim Kraftfahren.

9. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk sind betriebswirtschaftlich gesund.

Württemberg

Stuttgart, 17. April.

Zur Reichspräsidentenwahl. Der Kreiswahlausschuß des 31. Wahlkreises Württemberg (mit Regierungsbezirk Sigmaringen) hat in seiner Sitzung vom 16. April 1932 das Ergebnis des 2. Wahlganges der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 endgültig wie folgt festgestellt: Gesamtzahl der Stimmberechtigten (abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben) 1795 057, Zahl der abgegebenen Stimmzettel 27 473, Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen 8178, Zahl der gültigen Stimmen 1 422 731. Gültige Stimmen fielen auf Hindenburg 897 912, auf Hitler 416 521, auf Thälmann 108 078. Zerstückelt waren 220.

Entscheidung des Württ. Mittelstandsbunds. Der Württ. Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe e. V. nahm auf seiner Hauptversammlung am 13. April einstimmig folgende Entscheidung an: Nach wie vor fordern die Angehörigen des selbständigen handel- und gewerbetreibenden Mittelstands: 1. Die Streichung des § 1 Ziffer F der Bestimmungen betr. die Regelung des Zugabewesens; 2. die Erweiterung des Verbots der Errichtung von Einheitspreisgeschäften auf alle Städte, auch auf solche mit mehr als 100 000 Einwohner; 3. die Einführung einer Sondersteuer für Warenhäuser und Großhandelsgeschäfte; 4. die Beseitigung aller steuerlichen Begünstigungen der Konsumvereine, die Konzessionierung für Warenhäuser und Filialgeschäfte genügt nicht. Den Konsumvereinen muß die Bewilligung von Reichsmitteln zur Stützung grundsätzlich verweigert werden. Herr J. J. a n h e n (Wuppertal-Barmen), Mitglied des Reichswirtschaftsrats, hielt einen Vortrag über das Thema „Der lebhafte Bürgerstand in Handwerk und Handel im Brennpunkt des großen Geschehens“.

Benutzer nicht gestoren. Die Nachricht, daß Kriminalkommissar Benzler seinen Verlesungen erlegen sei, trifft nicht zu. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Benzler hatte eine schwere Gehirnerkrankung, ferner eine Verletzung der Halswirbelsäule und Quetschungen der Schulter, der Hände und Beine erlitten. Er hat das Bewußtsein wiedererlangt.

Aus dem Lande

Alldorf, O.A. Welzheim, 17. April. Die b i s h e B e t t l e r. Zwei gutgekleidete Bettler kamen ins Dorf und klopfen Haus für Haus ab. Gegen Mittag betrauten sie gemeinsam das Haus des Bauern Christian Weber. Während der eine von ihnen zwecks Ausübung seiner Tätigkeit in die Wohnung nach oben ging, öffnete der andere die verschlossene Tür zu einer Kammer im Erdgeschoss, wo die beiden Söhne des Bauern ihre Schlafstätte hatten. Aus der Hofe des Gottlob Weber stahl der Eindringling einen Geldbeutel mit 27 Reichsmark und ein Messer. Die Tochter des Hauses bemerkte, daß statt einem Bettler zwei das Haus verließen. Der Bestohlene nahm mit einigen Nachbarn sofort die Verfolgung auf. Diese blieb jedoch ohne Er-

folg, da es den Fliehenden gelang, rechtzeitig den Wald zu erreichen.

Bad Mergentheim, 17. April. Aufdeckung von alten Stadtmauerüberresten. Bei den Kanalisationsarbeiten in der Härterichstraße stieß man beim Gasthof zur Linde in einer Tiefe von drei Metern auf Ueberreste der ehemaligen, 150 Meter starken Stadtmauer mit zwei gewölbten Durchläßen, die eine Spannweite von drei bzw. 4 Metern zeigen. Die Widerlager weisen eine Stärke von 1,70 Metern auf. Die Gewölbe selbst sind tadellos erhalten, aus Kalksteinen und Schwarzkalkmörtel hergestellt und von einer eisenharten Beschaffenheit. Sie dürften zur Ueberbrückung der Wallgräben am Härterichhof gedient haben.

Albenweiser, O.A. Vöhring, 17. April. Brand. In dem der Winde Neubrand gehörigen Dekonomiegebäude brach ein Brand aus, der sich rasch über das ganze Gebäude verbreitete. Das Wohnhaus und das lebende Inventar konnten gerettet werden. Der Schaden ist beträchtlich, die Brandursache noch ungeklärt.

Gaßan am Balken, O.A. Neßlingen, 17. April. Brand. Das Wohn- und Dekonomiegebäude des A. Scholke sind vollständig abgebrannt. Das lebende Inventar konnte in Sicherheit gebracht werden, während das tote Inventar zum großen Teil ein Raub der Flammen wurde.

Ravensburg, 16. April. Beleidigungsklage. Der Vorstand der Ortskrankenkasse Ravensburg teilt mit, daß er gegen Stadtrat Schenk-Ravensburg wegen von ihm in dem „Beobachter vom Oberland“ (nationalsozialistische Zeitung für Oberschwaben) geäußelter Beleidigungen Straf-antrag gestellt habe.

Lokales.

Wildbad, den 18. April 1932.

Generalversammlung des Ortsausschusses Wildbad des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes am Samstag, den 16. April im Vereinszimmer der Turnhalle. Die Tagesordnung umfaßte die Punkte: Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahlen und Verschiedenes. Nach Verlesung des Protokolls, gegen das keine Einwendungen erhoben wurden, gab der Vorsitzende, Koll. B o t t, den Jahresbericht. Er bezeichnete das Jahr 1931 als ein Jahr des trostlosen Elendes; das Hauptaugenmerk wurde im verfloßenen Jahr auf Arbeitsbeschaffung gelegt, was auch im laufenden Jahre die Hauptaufgabe des Ortsausschusses bilden müsse. Die Mittel hierzu sind durch Sparmaßnahmen seitens der Gemeinde zu beschaffen; wo die Sparmaßnahmen eingesetzt werden müssen, wurde bekanntgegeben und werden die Vertreter des Ortsausschusses im Gemeinderat diese zu gegebener Zeit einbringen und zu vertreten wissen. Aber auch der Staat habe die Pflicht, für Arbeitsbeschaffung zu sorgen, indem er die Kureinrichtungen konkurrenzfähig erhalten. Die Gemeinderatswahl 1931 brachte dem Ortsausschuß viel Arbeit; er hatte aber auch die Genugtuung, daß zwei weitere Vertreter in den Gemeinderat gewählt wurden; der Vorsitzende sprach dafür den Dank an die Wählerschaft aus. Im Jahr 1931 wurden acht Versammlungen abgehalten; das Gedenken der Toten wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Der Vorsitzende schloß seinen Jahresbericht mit dem Wunsche für ein gutes Zusammenarbeiten des Ortsausschusses im laufenden Jahre; Zerplitterung müsse man vermeiden und zu beugen wissen. — Der Kassenbericht ergab trotz der Auslagen für den Gemeinderatswahlkampf einen guten Kassenbestand; dem Kassier wurde nach erfolgter Prüfung der Kasse und Belege Entlastung erteilt. — Die Neuwahlen brachten folgendes Resultat: Koll. B o t t, 1. Vorf.; Alb. Hechtel, 2. Vorf.; 1. Schriftführer: Fritz Waidelich; 2. Schriftführer: Wilh. Billig; Kassier: Wilh. Leopold. — Unter Punkt „Verschiedenes“ berichtete Koll. B o t t u. a. über die Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung, was eine rege Aussprache auslöste. Nachdem noch verschiedene Vorkommnisse aus der letzten Zeit klargestellt worden waren, konnte der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Oeffentliche Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Neuenbürg am Sonntag nachmittag in der Turnhalle. Wohl annähernd 600 Zuhörer und Zuhörerinnen waren versammelt, als mit halbständiger Beripatung die Versammlung eröffnet wurde, um dem Spitzenkandidaten der Sozialdemokratischen Partei, Stadtpfarrer Schenk, Gelegenheit zu geben, sich der Wählerschaft Wildbads vorzustellen. Wie der Versammlungsleiter bekannt gab, war der vorgesehene zweite Referent des Tages, Dr. Schumacher, am Erscheinen verhindert. Dr. Schenk sprach über das Thema: „Christentum und der Sozialismus“. Der Redner begann seinen Vortrag mit dem 2. August 1914, wo er als junger Vikar in Wildbad den ausmarschierenden Soldaten die Abschiedspredigt hielt. In großen Zügen schilderte der Referent den Krieg, wo in den letzten Jahren die Kirchenglocken heruntergeholt wurden; aus den Haushaltungen das letzte Kupfer- und Messinggeschloß geholt wurde. Beim Zusammenbruch 1918/19, wo alle das sinkende Schiff verließen, war es Deutschlands ärmster Sohn, das Proletariat, das die Führung übernahm und damit das Vaterland rettete. Nie, so führte der Redner weiter aus, habe die Sozialdemokratie in den Jahren 1919 bis heute die Mehrheit in der Regierung gehabt. Entweder waren es rein bürgerliche oder sogenannte gemischte Regierungen, wobei die Sozialdemokratie unter 10 bis 12 Ministerisihen 3 bis 4 inne hatte. Dr. Schenk schilderte weiter das Wesen des Sozialismus, dabei betonend, daß viele vom Marxismus reden, ohne jemals ein Buch von Marx in der Hand gehabt, geschweige denn gelesen zu haben. Die weiteren Ausführungen des Redners werden manchen der Anwesenden ein wesentlich anderes Bild von der viel verlästerten Sozialdemokratie gegeben haben. Zum Schluß seines Vortrages ging Dr. Schenk auf die württembergischen Verhältnisse ein; er erwähnte die Gebäudeentstehungssteuer, die Autosteuer; die Erlöse aus diesen Steuern ziehe der Staat ein und überlasse die Unterhaltung der Straßen den Gemeinden usw. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag, der von einigen Zwischenrufen unterbrochen wurde, die aber von Dr. Schenk geschickt pariert wurden. Angesichts der vorgeschrittenen Zeit und weil eine weitere Versammlung in Calmbach festgesetzt war, konnte in der anschließenden Aussprache nur eine Redezeit von fünf Minuten gewährt werden. Hiervon machten Gebrauch die Herren Oberlehrer Kern für die Nationalsozialisten, Karl Schmid für die Kommunisten und Karl Bäder für den Bund der Kinderreichen. Als dem Referenten das Schlusswort erteilt wurde, verließen die Nationalsozialisten die Turnhalle; wenn sie dabei etwa glaubten, die Versammlung zu stören oder einen größeren Teil der Zuhörer mit sich zu ziehen, so sahen sie sich getäuscht. Vor einem vollbesetzten Versammlungsraum konnte Dr. Schenk seine Schlussworte

in Ruhe aussprechen, dabei nochmals lebhaften Beifall erntend. Wenn auch nicht alle Zuhörer und Zuhörerinnen Anhänger der Sozialdemokratie waren und der gute Besuch der Versammlung mehr der Person des Redners galt, so kann doch der Bezirk Neuenbürg der Sozialdemokratischen Partei mit Stolz auf diese Versammlung zurückblicken. —

Die Wahlversammlung der A. P. D. war, ebenso wie die Nachmittagsversammlung der S. P. D. sehr gut besucht. Der Landtagsabgeordnete Schmed zeichnete an Hand von Zahlenmaterial den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In seinem 2 stündigen Referat rechnete er scharf mit der S. P. D. und der A. S. D. A. P. ab. Als Mitglied des württemberg. Finanzausschusses brachte er Beweismittel vor, wie durch das Verhalten des Finanzministers, sowie aber auch aller Parteien alle Lasten auf die Gemeinde abgewälzt würden. Wie für die Reichen geforgt würde durch Subventionen auf Kosten der Ärmsten der Armen. Er forderte die Versammlung auf nicht nur mit dem Stimmentzettel, sondern durch den entschlossenen Kampf gegen die Notverordnungen, gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterstützungsraub einzutreten für ein rotes Württemberg der Arbeiter und Bauern in einem freien sozialistischen Deutschland. Der Versammlungsleiter Karl Schmid stellte darauf das Referat zur Diskussion, an welcher sich die Herren Romersch und Kugler beteiligten. Der Redner wies die Argumente der beiden Herren zurück und legte im Schlusswort noch über die Kirche und Ehe den Standpunkt der Kommunisten dar, welche für die Gleichberechtigung der Frau eintreten. Dem Referenten wurde lebhafter Beifall zuteil. Die Versammlung verlief ruhig, jedoch Ausschreitungen nicht vorkamen. —

Die Unterstützungsansprüche der über 60 Jahre alten Angestellten. Angestellte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 1 Jahr ununterbrochen arbeitslos sind, gelten als berufsunfähig im Sinn des Angestelltenversicherungsgegesetzes und erhalten für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit das ihnen gesetzlich zustehende Ruhegeld. Nun bestimmt der betr. Paragraph weiter, daß dieser Anspruch auf Ruhegeld frühestens mit dem Befall des Anspruchs auf Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung beginnt. Diese Bestimmung hat zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob Angestellte, die das 60. Lebensjahr vor der Aussteuerung aus der höchstzulässigen Dauer einer laufenden Krisenunterstützungsperiode vollenden, grundsätzlich die Krisenunterstützung auf die Höchstdauer gewährt werden darf. Der Reichsarbeitsminister hat erklärt, daß im Reichsarbeitsministerium keine Bedenken bestehen, auch Angestellten, die das 60. Lebensjahr vor der Aussteuerung aus der höchstzulässigen Dauer einer laufenden Krisenunterstützungsperiode vollenden, grundsätzlich die Krisenunterstützung auf die Höchstdauer zu gewähren. Also diesen Angestellten muß zuerst die Krisenunterstützung bis zum Abschluß gezahlt werden, erst dann treten sie in den Genuss des Ruhegelds aus der Angestelltenversicherung.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein Bürgermeister dankt wegen der Notlage ab. Bürgermeister Schmidt des Kreises S a s e n (Oberhesse) hat sein Amt niedergelegt, weil die wirtschaftliche Lage seiner Gemeinde durch die riesigen Wohlfahrtslasten so schwierig geworden ist, daß er keine Möglichkeit zu weiterem gedeihlichen Wirken sieht. Der Bürgermeister hatte die Geschäfte der Gemeinde seit einer Reihe von Jahren geführt und war erst vor kurzem ohne Gegenkandidat wiedergewählt worden.

Das Kind Lindberghs wohlbehalten? Der Schiffbauer Curtis aus Norfolk (Virginia), der Lindbergh bei der Suche nach seinem Kinde unternahm, sagt aus, daß er mit den Räubern Fühlung genommen habe und daß das Kind gesund sei.

Röntgenstrahlen im Dienst der Kriminalistik. Um einen Rechtsbrecher zu identifizieren, galt bisher als einziges untrügliches Mittel die Methode der vergleichenden Fingerabdrücke. In diesen Tagen wurde nun in Washington ein neues, von dem dortigen Arzt Poole ausgearbeitetes Verfahren der Öffentlichkeit übergeben. Das Verfahren beruht auf der Röntgenphotographie der Nasenbogen, deren Form, wie die Prüfung eines Materials von über 2000 Bildern ergab, niemals bei zwei Personen genau übereinstimmt, nicht einmal bei Zwillingen. Die Poolesche Methode weist zudem noch den Vorteil auf, daß sich die Form der Nasenbogen während des ganzen Lebens nicht verändert, weder durch Altern noch durch Krankheit. Daher stellt ein zu irgendeiner Zeit des Lebens, ja schon in der Jugend, aufgenommenes Röntgenbild der Nasenbogen ein dauerndes Mittel zur Wiedererkennung einer Person dar.

Hilfe

tut not!

Kalksalpeter IG
Natronsalpeter

bringen den Pflanzen
schnelle Kräftigung.



STICKSTOFF-SYNDIKAT

Zeitungsbeschlagnahme. Die Nummer 7 der nationalsozialistischen „Münchener Wacht“ ist mit sämtlichen Kopfbildern wegen Beleidigung des Reichspräsidenten beschlagnahmt worden.

Urteil im Pirmanischer Prozeß. Im Prozeß gegen den Aufsichtsratsvorstand der Gebr. Faber u. O. Pirmanisch wegen aktienrechtlicher Untreue wurde der Angeklagte Kommerzienrat G o e r z wegen forgesetzter aktienrechtlicher Untreue zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem zu einer Geldstrafe von 5000 Mark bzw. im Nichtbeitragsfall weiteren 250 Tagen Gefängnis. Gegen den Verurteilten wurde Haftbefehl erlassen. — Der Angeklagte König wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Goerz über den Vermögensstand der Firma im Bild gewesen sei. Er habe die Bilanz aufgestellt und die Buchungsformen angegeben. Er habe also vorfalschlich und absichtlich gehandelt. Er habe aus reiner Geldgier gehandelt, und zwar zu einer Zeit, als die Firma sehr ungünstig stand.

Strafantrag im van-Gogh-Prozeß. Im Prozeß gegen den Berliner Kunsthändler W a k e r, der, wie seinerzeit berichtet, nachgemachte Bilder der echten Werke des alten niederländischen Meisters van Gogh verkaufte, beantragte der Staatsanwalt wegen Urkundenfälschung in Lateinheit mit Betrug und Fälschung 1 Jahr, 6 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

Maclanue mit dem Delzweig. Die französische Postverwaltung läßt gegenwärtig neue Briefmarken drucken, die die seit langen Jahren in Umlauf befindlichen Marken mit der Kaiserin (30 Centimes bis 1.50 Franken) ersetzen sollen. An die Stelle dieses Bildes, das nur noch für die Werte unter 30 Centimes beibehalten werden soll, wird eine M a c l a n u e, die in der linken Hand einen Delzweig hält, dargestellt sein. Das neue Bild soll ein Symbol des Friedens sein. — Für Frankreich gewiß sehr passend.

Schweres Explosionsunglück in Amerika. Beim Bau eines staatlichen Bürogebäudes in C o l u m b u s (Ohio), das 6 Millionen Dollar kostete, entstand am Donnerstag eine schwere Explosion, durch die eine Hauswand völlig herausgedrückt wurde. Marmorblöcke wurden 200 Meter weit fortgeschleudert. Während der Explosion befanden sich 128 Menschen in dem Bau. Bis jetzt wurden 6 Tote und 57 Verletzte geborgen. Die Explosion soll durch Entzündung der Abwassergase im Grundstock entstanden sein. Ein Verbrechen ist aber nicht ausgeschlossen.

Sportnachrichten vom Sonntag

Am den Verbandspokal:

Stuttgarter Kickers — Amicitia Biernheim 4:0 (2:0)

Handel und Verkehr

Die Marktlage

In der Büttereizugung ist in der abgelaufenen Woche keine Verstärkung der Lage festzustellen gewesen; die Anlieferungen gingen hier und dort eher etwas zurück. Auf den Auslandsmärkten ist infolge des Rückgangs der überseeischen Zufuhren ein festigerer Zug ins Geschäft gekommen und die Abgeber blieben fester auf ihren Forderungen. Die Preise konnten daher auch auf unseren Inlandsmärkten gut behauptet werden. Keupten ließ seine Notierung unverändert bei 109 bzw. 97 Mark, die übrigens als sehr fest zu betrachten ist. Und es kann angenommen werden, daß die Preise sich vorerst gut behaupten, da auch die Nachfrage verschiedentlich eine Besserung aufwies.

Im Käsegeschäft war auf den einzelnen Märkten vielfach eine ruhigere Stimmung festzustellen. Im allgemeinen blieb zwar der Preisstand ziemlich unverändert, aber die teilweise starken Preisermäßigungen im Ausland, besonders in Holland, lassen die Befürchtung aufkommen, daß schließlich auch der Inlandsmarkt dem Druck von außen mehr oder weniger nachgeben muß, was bei dem derzeit ohnedies keineswegs üppigen Preisstand recht unliebsam wäre.

Für Emmentaler haben sich die Absatzmöglichkeiten in letzter Zeit etwas gebessert, besonders für die mittlere Güte, die gegenwärtig vom Verbrauch bevorzugt wird, auch Schmelzware war gut gefragt. Keupten notierte unverändert 80—85, 70—75 und 62 bis 66 Mark. Für Emmentaler war jedoch der Absatz wenig befriedigend; er wurde aber durch gute Abnahme durch die Schmelzwerte ausgeglichen, so daß die Notierung mit 19—22 Mark gehalten werden konnte. Wenn wärmeres Wetter eintritt, dürfte sich der Verbrauch noch mehr dem Hartkäse zuwenden. Die Einfuhr von Käse ist immer noch recht bedeutend, trotzdem ist auf dem Inlandsmarkt das Geschäft freundlicher, da nach den Preisrückgängen nach Ostern die Nachfrage sich hob und größere Mengen zur Konfektionierung aufgenommen wurden. Die frühe Bitterung hat auch die Erzeugung etwas verlangsamt. Jedoch ist das Absinken des Preises zum Stillstand gekommen. In dieser Woche treten die Vorschriften über die Kennzeichnung von Auslandskäse in Kraft, von der eine Stärkung der Wettbewerbsgrundlagen für die deutsche Käseherstellung zu erwarten ist.

Auf den Schlachtviehmärkten zeigte sich ein wesentlich günstigeres Bild als in der Vormwoche. Die frühe Bitterung begünstigte den Fleischverbrauch. Im Rindergeschäft war der Bedarf ausreichend, das Angebot da und dort etwas geringer, die Konkurrenz vom Schweinemarkt her nicht übermäßig. So blieben die Preise behauptet, wofür sie sich nicht leicht verbessern konnten. An den süddeutschen Märkten, so auch in Stuttgart, zeigte sich die Stäberpreise eine Besserung; wo rüdgängige Preise auftraten, waren sie auf geringe Qualität zurückzuführen. Die Schweinemärkte zeigten wider Erwarten bei behaupteten Preisen geringeren Auftrieb; dieser Rückgang dürfte aber bei den vorhandenen schlachtreifen Beständen nur vorübergehend sein.

Im Gemüsegeschäft ist noch keine Auswirkung der im Monat April weiter beschränkten Devisenzuteilung festzustellen. Das holländische Angebot von Frühgemüse zu gedrückten Preisen ist noch recht groß. Auch inländisches Frühgemüse kommt viel zu Markt, für Salat und Spinat waren daher die Preise rückläufig, im allgemeinen aber eher gleichbleibend. Die Stimmung auf den Obstmärkten war ruhig. Amerikanische Äpfel haben weiterhin nur schleppenden Absatz bei weichen Preisen.

Der Holzmarkt steht unter doppeltem Druck. Frankreich hat sich durch Zollerhöhungen Kontingentierung und Einfuhrumsatzsteuer gegen die deutsche Einfuhr fast völlig abgeschlossen; der Absatz in die Schweiz ist durch Kontingentierung stark beschränkt. Zudem stellt sich heraus, daß deutsche Industriefirmen von den Russen gezwungen werden, für russische Bestellungen nur russisches Holz zu verwenden, ja sogar solches zum Teil in Zahlung abzunehmen. Daß auf diese Weise das deutsche Holzgeschäft nicht hochkommen kann, liegt auf der Hand. Zumal wenn Schleudergeschäfte gemacht werden, wie sie kürzlich die preussische Staatsforstverwaltung getätigt hat. Sie hat 300 000 Raummeter Papierholz, weißgeschält, zum Preis von 4.50 bis 5 Mark ab Wald, lieferbar in zwei Jahren, abgeschlossen. Mit Holzhaue-, Schälerlohn usw. wird dabei mindestens nichts mehr verdient, vielleicht sogar draufgelegt.

Berliner Pfundkurs, 16. April, 15,87 G., 15,91 B.

Berliner Dollarkurs, 16. April, 4,209 G., 4,217 B.

Reichsbankdiskont 5,5, Lombard 6,5 u. h.

Privatdiskont 5 u. h.

Die Großhandelsmehlzahl vom 13. April 1932 ist mit 98,5 gegenüber der Vormwoche unverändert geblieben.

Erste Belegung des Zementabfahes. Nach dem unerträglichen Tiefstand des Zementabfahes im Februar (97 000 Tonnen) hat sich im März die erste Belegung gezeigt. Bei einem Verband von 184 000 Tonnen ergab sich nahezu eine Verdopplung gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum März 1931, der einen Zementabfah von 306 000 Tonnen aufwies, beträgt der Rückgang aber doch noch nahezu 40 Prozent.

Erneute Erhöhung der Zinkblechpreise. Die Süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung hat mit Wirkung ab 15. April ihre Preise erneut um 1½ Prozent erhöht.

Stillelegung der deutschen Zinkhütten? Auf der Tagung des Zinkartells am 28. April in Berlin soll die Stillelegung der Zinkhütten auf zwei Monate beantragt werden.

Neue Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet. Die französische Generaldirektion der Saargruben teilt mit, daß am 19. April weitere 2000 Bergleute entlassen werden. Außerdem wird die Grube „Haitenbach“ stillgelegt. Die Bergarbeiterorganisationen werden gegen diese Maßnahme Schritte unternehmen. Mit diesen neuen Entlassungen sind in den letzten 4—5 Wochen rund 5000 Bergleute arbeitslos geworden.

Württ. Notenbank. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 15. April 1932 beschlossen, der am 6. Mai d. S. stattfindenden Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent auf das Kapital von 7 Mill. RM. vorzuschlagen.

J. G. Farbenindustrie verteilt eine Dividende von 7 (i. V. 12) von Hundert.

Schufert u. Co. AG., Nürnberg, Elektrizitätswerke, können keine Dividende verteilen.

Die seit Januar d. J. stillgelegte Lokomotivfabrik Heinkel und S o h n A G. in Rassel wird am 9. Mai den Betrieb, allerdings nur mit 1500 bis 2000 Arbeitern wieder eröffnen, nachdem hierfür genügend Aufträge, auch in Kraftwagen, eingegangen sind. Die Firma teilt mit, daß ihre Schwierigkeiten hauptsächlich auf die übermäßigen Steuern und Soziallasten zurückzuführen seien. Seit 1924 habe sie allein an Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern 26 Millionen Mark bezahlt und in dieser Zeit unter großen Verlusten, u. a. die 6000 Arbeiter zu beschäftigen, für rund 75 Millionen Mark Auftragsaufträge bereingekommen und etwa 74 Millionen Mark an Löhnen und Gehältern ausbezahlt. Die Steuern für das laufende Geschäftsjahr betragen 16 u. h. der Produktion und fast 100 u. h. der Löhne.

Durch den Kreuger-Krach hat die Stadt Stockholm einen Steuerausfall von mindestens 4 Millionen Kronen, das sind nach heutigem Kurswert etwa 3,25 Millionen Mark.

In Stockholm wurden drei Direktoren der Kreuger u. Toll AG. verhaftet, die bei der Fälschung der italienischen Schatzscheine (300 Mill. Kronen) mitgewirkt haben sollen.

Stuttgarter Börse, 16. April. Die heutige Börse war freundlich. Am Rentenmarkt waren die Kurse etwas fester. Württ. Hypothekendarlehen Goldpfandbriefe notierten 75½, Württ. Kreditverein Goldpfandbriefe 78—77 Proz. Der Aktienmarkt war ruhig bei freundlichem Grundton. Gehandelt wurden: Gebr. Jungheunz Aktien Variabel 6,25 Proz. bez. — 8 Proz. G. Kaffe, 8 Proz. bez. G. Süddeutsche Zucker Variabel 91 bez. G., per Kaffe 91 G., Brauerei Walle Aktien 42 Proz. J. G. Farbenindustrie Variabel 88½ B., per Kaffe 89½ Proz. bez. Gold u. Schiffe 55 (— 1), Weingarten 45, Süddeutsche Ruder 31 Proz. (— 2), Ber. Filzfabriken 29,25 Proz. (mehr ¼), Deutsche Bank u. Discontoges. Aktien 44 Proz., Württ. Feuerversicherungs Aktien 32.

Berliner Getreidepreise, 16. April. Weizen märk. 26,30—26,50, Haagen 19,50—20, Russenroggen eif Berlin 19,50, Braugerste 19 bis 19,50, Futter- und Industrieernte 18—19, Hafer 16,40—16,90, Weizenmehl 31,75—35,50, Roggenmehl 26,40—27,75, Weizenkleie 11,60—11,85, Roggenkleie 10,40—10,70.

Berliner Metallmarkt, 16. April. Elektrolytkupfer prompt eif Nordseehäfen 56 Mt. die 100 Klg.

Bremen, 16. April. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,51.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, Edeläpfel 20—32; Tafeläpfel 10—20; Kartoffeln 4—5; Kopfsalat 10—25; Wirsing (Abblkraut) 10—15; Brokkoli, rund 7—9; Raitkraut 7—9; Rote Rüben 7—8; Gelbe Rüben 5—7; Zwiebel 11—12; Gurken, große 30—60; Rettiche alte 5—8; neue 10—25; Monatsrettiche 8—10; Sellerie 6—20; Schwarzwurzeln 25—30; Spinat 10—12; Rhabarber 20; Kopfkohlbraten 15—25.

Württ. Markenbutter 1,38 (9 April 1,37); Leebutter 1, Güte 1,32 (1,32); Leebutter 2, Güte 1,28 (1,28) das Pfund.

Deutsche Freikieker roter Stempel 8 (8); Banderer 7 (7); Witweier 6,5 (6,5) Pfennig das Stück.

Das Wetter

Infolge der Depression im Nordwesten, deren Einfluß sich allerdings nicht mehr zu verstärken scheint, ist für Dienstag ein noch unbeständiges, wenn auch zeitweise aufheiterndes Wetter zu erwarten.

Verzügerte Frühjahrspflanzung. Bisher war die Bitterung für die Entwicklung der Saaten keineswegs günstig. Schwache Jugendentwicklung der Saat birgt aber die Gefahr einer geringen Ernte in sich. Das wirksamste, wenn nicht einzige Mittel hiergegen besteht in einer sofortigen ausreichenden Stickstoffdüngung, und zwar muß der Landwirt hier zu den schnell aufnehmbaren Salpeterdüngern greifen. Für die Kopfdüngung der zurückgebliebenen Saaten eignet sich der Kalisalpeter vorzüglich. Er ist dem Natronsalpeter insofern überlegen, als er bei gleicher Wirkung billiger ist.

Die Bewerber um eine Dienstmannstelle

für die Badzeit 1932 wollen sich binnen 3 Tagen bei der unterzeichneten Stelle melden.

Wildbad, den 18. April 1932.

Bürgermeisteramt.

Öffentliche Versammlung der Deutschen Volkspartei

am Montag den 18. April, abends 8.15 Uhr im Saal der „Alten Linde“.

Herr Landtagsabgeordneter Dr. Bürger, Stuttgart spricht über das Thema:

„Worum handelt es sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen?“

Jedermann ist freundlich eingeladen.

Um etwaigen Irrtümern vorzubeugen,

mache ich meiner verehrlichen Kundschaft von hier und Umgebung bekannt, daß ich wie seither schon den Weinverkauf für

Jungdeutschlandstiefel und -Schuhe

am hiesigen Plage habe.

Reparaturen

bei sachmännischer und billigster Ausführung.

Schuhhaus Luz.

Am 1. Mai

beginnt die offizielle Kurzeit

Neues Leben, neue Hoffnungen, neue Wünsche regen sich. Ein goldener Segen kann sich in dieser Zeit über den klugen Geschäftsmann ergießen, der es versteht, durch eine zielbewusste Werbung das kaufffreudige Kurpublikum an sich zu fesseln. Der Weg dazu führt durch den Inseratenteil des

Wildbader Badblatt

Alle diejenigen Geschäfte und Betriebe, die von der Kurzeit einen erhöhten Umsatz erhoffen, sollten durch eine Anzeige im „Wildbader Badblatt“ für sich werben lassen. Es empfiehlt sich, Anzeigen schon in der ersten Nummer des „Wildbader Badblatt“ am 1. Mai erscheinen zu lassen, da gerade die ersten Nummern in erhöhter Auflage erscheinen und viel verlangt werden. Mit niedrigst gestellten Pauschalpreisen für ein Dauerinserat stehen wir gerne zu Diensten. Benützen Sie diese Gelegenheit und holen Sie Angebote bei uns ein.

In diesen Tagen kommt der Briefträger

um Bestellungen auf das „Wildbader Badblatt“ entgegen zu nehmen. Jedes Hotel, jede Pension, jeder Zimmervermieter sollte im Interesse seiner Kurgäste Bezieher des „Wildbader Badblatt“ sein, das außer der offiziellen Fremdenliste, die täglichen Musikaufführungen, die sonstigen Veranstaltungen und Aufsätze über das Wildbader Kurleben enthält. Bestellungen nimmt außerdem das Postamt und die Geschäftsstelle jederzeit entgegen.

Verlag des Wildbader Badblatt - Tel. 479

In Stahlspäne ist ein großer Unterschied

ausgiebige und kräftige Ware empfiehlt

Robert Treiber

Für die Einmachzeit empfiehlt

in garantiert schwerer Ware Deutsche Frischeier Prima Holländer Vollfrische Flandern Veneto Italiener

Bestellungen bitten wir baldigst, da Aufschlag bevorsteht.

100 Stück schon von 7 Mk. an.

Pauline Broß Wwe. Wildbad, Rathausgasse 10

Eine neue Existenz bietet Hamburger Kaffee-Import-Ges. rührig. Warenvertreiter(innen) Hohe Provision, festes Gehalt bei Bewahrung. Carl J. Mierl, Hamburg 1.

Stets frische Eier

durch

Wasserglas Garantol

Eberhard-Drogerie

Möblierte

3 Zimmerwohnung mit Küche- u. Gartenbenutzung in Wildbad oder Calmbach von Dauermieter gesucht. Offerten nur mit Preisangabe unter E 89 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Eine

kleine

Anzeige

ist besser

als keine

Anzeige

Arterien-

verkalkung, Magen-, Herzleiden, Blasen-, Nieren- und Leberbeschwerden;

Darmstörungen, sowie Rheumatismus, Gicht und Zucker. Größte Erfolge durch den

garantiert echten

Nerus Knoblauchsaft

Bekömmlich, leicht einzunehmen. Pr. M. 2,75.

Eberhard-Drogerie